

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im 3n und Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der „Waffenlosen Sonntagausgabe „Rolle und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Kämpfer“, „Stadtblätter“, „Frauenklänge“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Berichte“, „Bild in die Welt“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige Komparativzeitung des Pfennig. Reklameseite 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Pfennig. (zwei bis drei Zeilen) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengelüste das erste Wort 18 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, modernisiert von 8/1 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Vertriebsleiter: Köhnig 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Kontokonto: Berlin 37586 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1000, Lindenstr. 3

Weihnachtsausperrung?

Deute Verhandlungen im Zigarrenarbeiterkampf.

Heute vormittag begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen mit den Parteien der Zigarrenindustrie. Das Reichsarbeitsministerium hatte die Parteien geladen, um den Versuch einer Beilegung der Ausperrung zu machen.

Von den Unternehmern waren nicht allein die Vertreter des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller erschienen, sondern auch Vertreter der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Dieser ungewöhnliche Vorgang dürfte wohl dadurch zu erklären sein, daß den Unternehmern im R.D.Z. vor ihrer militärischen Führung etwas angst geworden ist.

Zunächst fanden die Verhandlungen, unter Leitung von Ministerialrat Dr. Wetters, getrennt statt. Die Vertreter der Tabakarbeiter begründeten eingehend ihre Forderungen, die jedoch von den Unternehmern abgelehnt wurden. Die Unternehmer machten Gegenanträge, die unannehmbar waren. Infolge der Haltung der Unternehmer gestalten sich die Verhandlungen äußerst schwierig. Sie dauern gegenwärtig noch an.

Lügen über Litauen widerlegt.

Ein Amerika-Interview des Abg. Plechskaitis.

Warschau, 30. November. (Eigenbericht.)

Der litauische sozialdemokratische Abg. Plechskaitis, der als Flüchtling in Wilna lebt und dem die Absicht zugeschrieben wurde, einen Einsatz litauischer Emigranten in Litauen zu organisieren, hat einem amerikanischen Journalisten erklärt: seiner Meinung nach seien die litauischen Emigranten viel zu schwach, um in den inneren Kampf zwischen den Faschisten und ihren Gegnern in Litauen einzugreifen. Die litauischen Emigranten verfolgten den Kampf gegen Woldemaras selbstverständlich mit größter Sympathie. Sie hielten auch die Herstellung des Friedenszustandes mit Polen nicht nur für erwünscht, sondern auch bereits für möglich. Der amerikanische Korrespondent fügt hinzu, daß Plechskaitis, der angeblich reiche polnische Regierungsubventionen erhalten soll, in den ärmsten Verhältnissen in einem Wilnaer Vorort lebt; die Gesamtzahl der Emigranten in Wilna sei außerordentlich gering und komme gegenüber dem litauischen Militär im Grenzgebiet für telegesehnte Unternehmungen überhaupt nicht in Frage.

Durch ein Kommando Urteil ist das Vermögen Plechskaitis enteignet worden.

Polnische und litauische Sozialisten.

Der „Robotnik“ veröffentlicht eine Erklärung der polnischen Sozialistischen Partei über den so viel besprochenen litauischen Emigrantenkongress in Riga. Gegenüber Redaktionen ausländischer Zeitungen wird festgestellt, daß die PPS dort nicht vertreten war. Die polnischen Sozialisten seien zwar bereit, den litauischen Genossen in ihrem Kampfe gegen die faschistische Diktatur zu helfen, aber nur insoweit, als der Hauptausdruck der litauischen Sozialdemokratie das wünsche. Für die Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen Polen und Litauen treten die polnischen Sozialisten nach wie vor ein.

Pilsudski gegen Parlament.

Der Präsident beider Häuser die Freifahrt entzogen!

Warschau, 30. November.

Wie die Presse mitteilt, hat das Verkehrsministerium dem Sejm- und dem Senatsmarschall sowie den Vizemarschällen beider Häuser das Recht auf freie Benutzung der Eisenbahn entzogen. Der sozialistische „Robotnik“ nennt dieses Vorgehen eine geschnittenlose Bosheit, um so mehr als nach den Bestimmungen der Verfassung die Mandate dieser Vertreter der gesetzgebenden Körperschaften über die Auflösung der Parlamente hinaus bis zur Durchführung der Wahlen andauern.

Faschistenpleite in Norwegen.

Abgefälgter Führer will die Partei verlassen.

Oslo, 30. November.

Die norwegische Faschistenpartei, die sogenannte Nationale Legion, ist in Auflösung begriffen. In einer Versammlung kam es zu einem scharfen Konflikt mit dem Gründer und bisherigen Führer, Karl Meyers; man wählte einen neuen Führer. Meyers hat sich jedoch geweigert, die Führerschaft niederzulegen und hat mit einem Prozeß gegen seine bisherige Gefolgschaft gedroht. Der Grund zu diesem Konflikt ist, daß sich die Vergangenheit Meyers als ziemlich dunkel herausgestellt hat. Ferner werden ihm allerlei Unregelmäßigkeiten vorgeworfen. Nach diesem Skandal stehen die Eingeweichen auf dem Standpunkt, daß der norwegische Faschismus keine Rolle ausgespielt hat.

Preußenkabinett gegen Reudell.

Preußen droht mit Abbruch der Beziehungen zum Reichsinnenminister. — Brief Brauns an Marx.

Als Protest gegen das Sympathietelegramm, das der Reichsinnenminister Herr v. Reudell einer studentischen Protestversammlung im Zirkus Busch hat zugehen lassen, ist am Mittwoch, dem 30. November, dem Reichskanzler ein Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun zugegangen, das nach dem Amtlichen Preussischen Pressedienst folgenden Wortlaut hat:

Hochgeehrter Herr Reichskanzler!

Der Herr Reichsminister des Innern hat zur Kundgebung der Deutschen Studentenschaft, die am vorigen Sonntag, dem 27. d. M., gegen das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden hat, an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft nach unwiderprochen gebliebenen Zeitungsnachrichten folgendes Telegramm gerichtet:

Im Geiste unter Ihnen in innerer Verbundenheit bekennt sich erneut zu Ihnen mit herzlichsten Grüßen und Wünschen von Reudell.

Auf Erkundigungen bei den zuständigen Stellen des Reichsinnenministeriums ist die Tatsache der Absendung des Telegramms bestätigt, allerdings hinzugefügt worden, daß man den authentischen Wortlaut nicht kenne, daß er aber dem Sinn der oben angeführten Depesche entspreche.

Ich muß bei Ihnen, hochgeehrter Herr Reichskanzler, auf das Entschiedenste dagegen Verwahrung einlegen, daß ein Mitglied der Reichsregierung in einer Frage, die die preussischen Hochschulen und Studentenschaften aufs tiefste erregt und die Hochschulen in heftige politische Kämpfe hineinzuziehen droht, gegen die verantwortliche preussische Regierungspolitik in einer Weise öffentlich Stellung

nimmt, die sich mit den gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten Angriffen identifiziert.

Ich muß hierin wie jedermann eine starke Brüstung der Politik der preussischen Regierung erblicken, um so mehr, als der Herr Reichsminister des Innern bereits mehrfach studentische, insbesondere völkische Gruppen, die gegen die preussische Regierung Stellung genommen haben, in ihren Angriffen durch seine Haltung ostentativ bestärkt hat.

Da sich eine derartige Einstellung des Herrn Reichsministers Dr. v. Reudell mit ausgesprochener Spitze gegen die preussische Regierung auch schon bei anderen Gelegenheiten bemerkbar gemacht hat, so darf ich Sie, Herr Reichskanzler, ergebene bitten, dafür Sorge zu tragen, daß sich derartige Fälle unter keinen Umständen wiederholen, da die preussische Regierung andernfalls sich zu ihrem Bedauern genötigt sehen würde, jeden Verkehr mit dem Herrn Reichsminister Dr. v. Reudell abzubrechen.

In bekannter Hochachtung und Verehrung
Ihr
geg. Braun.

Dieser Brief stellt den Kanzler und das Kabinett vor eine entscheidende Frage. Ein Ausweichen wie im Falle Badt ist nicht möglich. Es ist das erste Mal, daß eine Länderregierung, und noch dazu die des größten deutschen Landes, mit dem Abbruch der Beziehungen zu einem Reichsminister droht.

Das Reichskabinett wird sich noch heute nachmittag mit dem neuen Fall Reudell beschäftigen.

Rußlands Auftreten in Genf.

Eine Propagandarede Litwinows. — Russisches Rüstungs-WBC.

V. Sch. Genf, 30. November. (Eigenbericht.)

Schon die Eröffnungssitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission brachte nach einer Begrüßungsansprache vom Vorsitzenden Coudon-Holland die erwartete Sensation in einer längeren Erklärung des russischen Hauptdelegierten Litwinow in englischer Sprache. Diese Erklärung stellt eine Ausdeutung des extremsten Pazifismus dar und kann natürlich nur als eine propagandistische Demonstration angesehen werden. Sie belagt im wesentlichen:

Da die Sowjetregierung an den drei ersten Tagungen der vorbereitenden Abrüstungskommission nicht teilnehmen konnte, hat sie ihre Delegation zur vierten Tagung beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

1. Die Regierung der U.S.S.R. ist der Ansicht, daß unter kapitalistischem Regime es keinen Grund gibt, anzunehmen, daß man die Ursache bewaffneter Konflikte abschaffen könnte. Der Militarismus und der Marinismus sind natürliche Folgen des kapitalistischen Systems. Aber die Völker aller Länder, die durch den großen imperialistischen Weltkrieg 1914 bis 1918 verarmt und verblutet sind, sind durchaus geneigt, gegen neue imperialistische Kriege zu kämpfen und zur Sicherung des internationalen Friedens. Das ist der Grund, weshalb die Sowjetregierung in der Lage ist, einer Einladung des Völkerbundes Folge zu leisten, die sich für die Abrüstung ausspricht. Sie nimmt diese Einladung an mit dem Ziele,

der ganzen Welt ihren Willen zum internationalen Frieden zu bekunden

und zugleich zu beweisen, welches die wirklichen Ziele und Wünsche der kapitalistischen Regierungen hinsichtlich der Abrüstung sind.

Obwohl der Weltkrieg als „letzte Krieg“ hingestellt wurde, wird die Gesamtgeschichte der internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit charakterisiert durch ein unerhörtes und systematisches Anwachsen der Streitkräfte der kapitalistischen Staaten und durch ein gewaltiges Steigen der Gesamtkosten.

Die Welt hat bisher keine, auch nur teilweise Verwirklichung der feierlichen Versprechungen des Völkerbundes gesehen, der in seiner Tätigkeit systematisch vermieden hat, die Frage der Abrüstung praktisch aufzuwerfen.

Die Gesamtarbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission hat bis zum heutigen Tage einen rein dekorativen Charakter gehabt. Seit 1920 beschäftigt sich der Völkerbund fruchtlos mit der Frage der Abrüstung. Durch diese Tatsache kommt man zu der Ansicht, daß der Völkerbund und die einzelnen imperialistischen Staaten nicht den Wunsch hegen, eine tatsächliche Abrüstungspolitik zu betreiben. Diese Tatsache kommt auch in der Arbeitsmethode zum Ausdruck, die darin besteht, abwechselnd die Fragen der Abrüstung und die Frage der Garantien zu behandeln, wobei man gleichzeitig bemüht ist, eine internationale Ausstellung sämtlicher Faktoren zu machen, die die imperialistische Macht eines Landes beweisen.

So wie das Problem bisher aufgeworfen ist, verursacht es endlose und fruchtlose Diskussionen über das, was man die Kriegsfähigkeit nennt, mit dem Ergebnis, daß man dem entscheidenden Grundproblem ausweicht, nämlich konkrete Maßnahmen für die Abrüstung zu treffen. Es ist nicht zweifelhaft, daß das Problem, wenn es auf diese Art auf der nächsten Abrüstungskonferenz aufgeworfen wird, nicht nur eine Einschränkung der bestehenden Rüstungen nicht bringen wird, sondern daß im Gegenteil die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes von neuem für die Zukunft das Recht erhalten werden, ihre Rüstungen gesetzlich zu erhöhen. Die Sowjetregierung hat bisher systematisch versucht, das Abrüstungsproblem konkret aufzuwerfen.

Aber seine Bemühungen in diesem Sinne sind auf den andauernden Widerstand der übrigen Staaten gestoßen. Die Sowjetregierung ist die einzige Regierung, die durch Taten ihren Friedens- und Abrüstungswillen bewiesen hat, ist aber zu der Washingtoner Seerüstungskonferenz von 1921/22 nicht zugelassen worden. Ihre Vorschläge auf allgemeine Abrüstung, die ihre Delegation am 10. April 1922 auf der Konferenz von Genf eingebracht hat, wurde von den Vertretern dieser Konferenz zurückgewiesen.

Dennoch habe die Sowjetregierung ihre Anstrengungen nicht eingestellt.

Im Dezember 1927 habe die Sowjetregierung in Rostow eine Konferenz der Vertreter der Randstaaten einberufen, um mit ihnen das Problem der Rüstungseinschränkungen zu erörtern. Sie wollte sogar ihre eigenen Rüstungseinschränkungen in unerschwinglich höherer Weise vornehmen als die Randstaaten. Dennoch würde der konkrete Plan der Sowjetregierung gleichfalls zurückgewiesen.

Redner geht dann auf die bekannte ablehnende Haltung Russlands gegenüber den Arbeiten des Völkerbundes ein. Die Sowjetregierung hat ihre Delegation beauftragt, einen

Plan für die allgemeine und vollständige Abrüstung

vorzulegen. Sie schlägt folgende Maßnahmen vor:

a) Alle Streitkräfte zu Lande, zur See und in der Luft werden aufgehoben und ihre Ausrüstung unter einer verordneten Form wird verboten.

b) Alle Waffen, Munition und chemischen Kriegsmittel werden zerstört, ebenso alle übrigen Rüstungs- und Zerstörungsmittel, sei es, daß sie sich in den Organisationen befinden oder in den militärischen Depots oder in dem allgemeinen Gebrauch.

c) Alle Kriegsschiffe und Kriegsschiffe werden abgeschafft.

d) Die Einberufung von Menschen zwecks militärischer Ausbildung, sei es in der Armee oder in sozialen Organisationen, hören auf und die gesetzliche Abschaffung der militärischen Dienstpflicht oder des freiwilligen militärischen Dienstes wird verkündet.

e) Es müssen Gesetze eingeführt werden, durch die das Aufgebot von militärischen ausgebildeten Reservisten verboten wird.

f) Die Festungen müssen niedergelegt werden, ebenso wie die Stützpunkte für den See- und Luftkrieg.

g) Die besonderen Rüstungswerke werden abgeschafft.

h) Alle Patente für militärische Zwecke müssen aus dem Etat der Länder verschwinden.

i) Alle Kriegsministerien, Marineministerien, Generalstabe und sonstige militärischen Verwaltungen müssen abgeschafft werden.

j) Es muß ein gesetzliches Verbot erlassen werden, jede Art militärischer Propaganda und Ausbildung unter der Bevölkerung und jede militärische Ausbildung der Jugend durch den Staat oder durch Verbände vorzunehmen.

k) Alle Patente für Rüstungs- und Zerstörungsmittel müssen aufgehoben werden, damit diese Art von Erfindungen nicht gefördert werde.

l) Gesetze müssen erlassen werden, durch die erklärt wird, daß die Verletzung der obengenannten Bedingungen das größte Verbrechen gegen den Staat darstellt.

m) Alle Handlungen der Regierungen oder alle Abkommen zwischen Regierungen, die diesen Vorschriften widersprechen, müssen abgeschafft oder abgeändert werden.

n) Die Sowjet-Delegation hat absolute Vollmacht, das oben genannte Programm einer völligen Entwaffnung sofort für das Inkrafttreten einer entsprechenden Konvention vorzuschlagen, so daß alle Maßnahmen für die Vernichtung des Kriegsmaterials innerhalb eines Jahres durchgeführt werden können.

Die russische Delegation erklärt, daß die Sowjetregierung sich voll und ganz der Konvention anschließt, die das Verbot der chemischen oder bakteriologischen Mittel zu militärischen Zwecken ausdrückt. Die Sowjetregierung drängt darauf, daß eine sehr kurze Frist bestimmt werde für die Ratifikation dieser Bestimmungen durch sämtliche Staaten. Um die Wirksamkeit dieser Konvention zu steigern, erklärt es die Sowjetregierung für unerlässlich, eine Kontrolle der Arbeiterschaft in dem friedlichen Schreibe der chemischen Industrie einzuführen. — Zum Schluß brachte Litwinow folgende

Resolution

ein:

An Ermöglichung, daß das Bestehen von Rüstungen und ihre offensichtliche Tendenz zur Vermehrung unermesslich die Staaten zu bewaffneten Konflikten treibt, die die Arbeiter und Bauern ihrer friedlichen produktiven Arbeit entziehen und namenloses Unglück erzeugen.

In Ermöglichung, daß die Streitkräfte ein Mittel darstellen, dessen sich die großen Staaten bedienen, um die kleinen Länder und die Kolonialländer zu unterdrücken,

in der Erkenntnis, daß nur die vollständige Zerstörung aller Rüstungen die wirksamste Sicherheitsgarantie und eine genügende Bürgschaft darstellen, den Kriegen vorzubeugen, beschließt die 4. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission:

1. Sofort die Ausarbeitung eines detaillierten Planes einer allgemeinen Abrüstungskonvention vorzunehmen, wobei die Vorschläge der Sowjetregierung zur Grundlage genommen werden.

2. Spätestens zum März 1928 die Abrüstungskonferenz einzuberufen, um die Vorschläge zu diskutieren und zu bestätigen. Für den Fall, daß die kapitalistischen Staaten die sofortige Abschaffung der stehenden Heere ablehnen würden, so hält die Sowjetregierung es für möglich, folgendes vorzuschlagen:

Die allgemeine Entwaffnung erfolgt gleichzeitig durch sämtliche beteiligten Staaten in Etappen innerhalb einer Frist von vier Jahren. Die erste Etappe muß innerhalb des nächsten Jahres vollzogen sein. Die durch die Aufhebung der militärischen Etats freierwerdenden Mittel können von jedem Staat nach Belieben verwendet werden, aber nur zum Zwecke der industriellen oder kulturellen Entwicklung.

Indem die Sowjetdelegation ihren Standpunkt vertritt, wird sie an allen Delegationen ohne Ausnahme teilnehmen, sofern sich diese mit praktischen Maßnahmen befassen, die wirklich zur Abrüstung führen.

Litwinow setzte am Schluß seiner Rede hinzu: Man würde der Sowjetregierung vor, daß sie nur Propaganda machen wolle. Jamohl, sie mache Propaganda für ihre Ideen und der beste Beweis für ihre friedlichen Absichten liege darin, daß gleichzeitig mit der Rede, die sie kürzlich nach Warschau gerichtet habe, sie eine Note in Romo überreicht habe, in der sie die litauische Regierung aufgefordert habe, ihren Kriegszustand mit Polen zu beenden.

Die Rede Litwinows, die weitläufige alle Erwartungen über die rein propagandistische Tätigkeit der Sowjetdelegation übertraf, löste an verschiedenen Stellen stille Beifall aus. Als ihre Uebersetzung beendet war, vertante der Vorsitzende die Sitzung auf heute nachmittag.

Schmelzerprozeß am 12. Dezember.

62 Zeugen und 8 Sachverständige geladen.

In der Strafsache gegen Schmelzer und Genossen ist Termin auf den 12. Dezember um 9½ Uhr vor dem Schwurgericht des Landgerichts Frankfurt a. d. O. angelegt worden. Es sind 62 Zeugen und 8 Sachverständige geladen.

Geld für Gefängnisse vorhanden.

Aber nicht zur Vorbeugung von Verbrechen.

Der Strafsenatsausschuß des Reichstags beriet heute zunächst die grundsätzliche Frage, ob bei Betteln, Landstreichen, gemeinlichem Verhalten, bei der Ausübung der Unzucht eine Bestrafung eintreten können. Genosse Landsberg verneinte die Frage, indem er darauf hinwies, daß die Strafbestimmungen gegen das Betteln vor allem die Arbeiterklasse trafen. Ein Wohlhabender könne sich „umhetreiben“, im Frühling an der Riviera, im Winter im Hochgebirge beim Sport, der Militärlife oder, der den gleichen Drang zu rufen verspürt, soll bestraft werden können.

Hg. Kohl macht darauf aufmerksam, daß in dem Entwurf von 1919 dem Richter die Möglichkeit gegeben war, in solchen Fällen von einer Strafe abzusehen. Genosse Rosenfeld fragte nach den Vorarbeiten zum Bewährungsgefes, dessen Inhalt man kennen müsse, um einen Widerspruch zwischen diesem Gefes und dem Strafgefes zu vermeiden. Ministerialrat Ruppert vom Reichsinnenministerium erwiderte, daß vorläufig erst ein Referentenentwurf für das Bewährungsgefes aufgestellt sei. Ob der Entwurf

durchgeführt werden könne, hänge von der Kostenfrage ab. Es sei auch noch nicht geklärt, ob das Bewährungsgefes auch die Fälle umfassen soll, in denen jemand nach dem jetzigen Strafgefes bestraft werden könne.

Genosse Rosenfeld bezeichnete die Mitteilung, daß die Kostenfrage entscheidend sei, als geradezu fürchterlich. Alle Parteien des Reichstags forderten das Bewährungsgefes, die Regierung aber wolle es nicht weiter bearbeiten, weil Kosten entstehen könnten.

Es sei schrecklich, daß man nur Gelder habe für das Strafgefes und für Gefängnisse, aber nicht für Bewährungsanstalten, in denen Verbrechen vorgebeugt werden sollen.

Wenn von der Regierung noch nicht entschieden sei, ob im Falle gemeinschaftlichen Verhaltens auf Strafe verzichtet werden könne, so sei es unmöglich, den Strafsenatsausschuß über diese Bestimmungen weiter zu beraten. Genosse Rosenfeld fragte, was der Reichsjustizminister, der inzwischen erschienen war, zu der Kostenfrage sage. Genosse Pflügel fragte, ob im Bewährungsgefes, wie sie wünsche, auch diejenigen aufgenommen werden sollten, die schon straffbar geworden seien. Die Kostenfrage darf nicht entschieden, da vorbeugende Maßnahmen immer noch billiger seien, weil sie Verbrechen verhindern, deren Verfolgung weit höhere Kosten verursachen. Reichsjustizminister Heigt erwiderte, daß er ein Bewährungsgefes für notwendig ansehe. Dies habe aber mit dem Strafgefes nichts zu tun. In der Kostenfrage verlangten doch alle Parteien, daß Reichsgefes, welche neue Besten den Ländern auferlegten, zunächst die Kostenfrage regelten. Keinesfalls werde die Kostenfrage nur hervorgekehrt, um das Gefes nicht machen zu brauchen. Genosse Rosenfeld fragte den Justizminister, ob er von dem Standpunkt aus, daß bei neuen Gefes zunächst die Kostenfrage entschieden werden müsse, für eine Zurückziehung der Schulvorlage eintreten werde. (Heiterkeit.) Keinesfalls dürfe die Kostenfrage das Bewährungsgefes zum Scheitern bringen.

Bei der Abstimmung bejahten die bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit einer Bestrafung von Betteln und Landstreichen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Darauf trat der Ausschuß in die Einzelberatung ein, die noch andauert.

Sächsisch-Thüringer Gebietsaustausch.

Abrundung der Landesgrenzen.

Dresden, 30. November.

Die sächsische Regierung hat eine Vorlage genehmigt, die einen Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen vorseht. Danach gehen die in Sachsen liegenden thüringischen Enklaven an Sachsen und umgekehrt die in Thüringen liegenden sächsischen Enklaven an Thüringen über. Für Sachsen handelt es sich vor allem um die große, bisher thüringische Enklave Ruhdorf bei Limbach. Sachsen vertritt durch den Austausch etwas an Gebietsumfang, gewinnt aber an Einwohnern. Zu Thüringen sollen 2400, zu Sachsen 4800 Einwohner kommen.

Schmelzerdrohung gegen Trochisten.

500 weitere Ausschließungen angekündigt.

Charlow, 28. November.

Jakowlew, Mitglied der Zentralkommission der kommunistischen Partei, der zum Parteitag der Ukraine in Charlow eingeladen war, erklärte dort, daß die Ausschließung von weiteren 500 Oppositionellen aus der Partei bevorstehe. Ferner habe jeder, der die Gefes des Sowjetstaates verfehlt, fortan eine Strafverfolgung zu gewärtigen. — Da in der Sowjetunion jede politische Betätigung außerhalb der kommunistischen Partei, wie Abhaltung von Versammlungen, Drucklegung politischer Schriften und dgl. als illegal gilt, dürfte diese Ankündigung Jakowlews als die Ankündigung der Bekämpfung der Opposition mit den Machtmitteln der Staatsgewalt aufzufassen sein.

Die Flucht ohne Ende.

Ein Roman von Josef Roth. Ruri Wolff-Verlag, München.

Die Gerhart Hauptmanns Till Eulenspiegel ist Josef Roths Franz Tunda ein Kriegesoldat, dessen Wandlungen und Wanderungen wir erleben. Mit dieser Parabel aber endet der Vergleich und es beinhalten die Gegenläufe. Hauptmanns Till steht aus der wilden Umwelt in das Reich seiner Nüchternheit und Phantasie, Roths Tunda dagegen bleibt in dieser Wirklichkeitswelt, deren verlogene Konventionen und Regeln er mit dem Blick unheimlichergeister Wahnstosigkeit durchschaut. „Das Wichtigste ist das Beobachtete“, sagt Roth in der Vorrede, und in der Tat: hier beobachtet einer, der sich durch keine irdischen Phrasen, durch keine vorgezeichnete Romane über den verächtlichen Wirklichkeitsstern gesellschaftlicher und staatlicher Zustände hinwegtäuschen läßt. Bräutlin, wie er immer wieder im scheinbar unbedeutenden Erleben die Ausstrahlung von Eysenem, von Weltanschauungen entdeckt. Wenn Roth a. B. seinem Tunda in der Enge eines D. Jugobetriebs das ganze Deutschland vorführt, den leerstehenden Ordnungsmitteln, den Subordinationsgeist, den gesellschaftlichen Dünkel, ohne daß der Erlebende auch nur den Wagnis verläßt, so ist das ein Meisterstück beobachtender Analyse. Mit ein paar Strichen zeichnet Roth die intellektuell-bürgerliche Gesellschaft einer rheinischen Stadt, ein Spaziergänger des Helden genügt, um uns diese Stadt in all ihren Ausstrahlungen zu zeigen. So interessiert uns das, was Tunda an der Außenwelt sieht und entdeckt, weil stärker als sein eigenes, psychologisch bisweilen etwas unklares Schicksal. Er ist nur das Medium, durch das Roth uns die Welt zeigt. Ob Tunda in sich entflammter — und wieder erlösender — revolutionärer Begeisterung mit der roten Armee gegen die Weißen kämpft, ob er vor dem bolschewistischen Alltag, vor dem bürokratischen Apparatismus und der widerwärtigen Spiegeln des Sowjetstaates sich aus Russland hinwegzieht, ob er in Wien, Berlin oder Paris die hippokratischen Säue des sterbenden Mitteleuropas entdeckt, ob er die unter heuchlerischen Phrasen verborgene Proletariat der altenen Bourgeoisie oder den geistlosen Sport- und Modebetriebe ihrer goldenen Jugend verachtet lernt — immer handelt es sich für uns um das Wesentliche, um das Entscheidende. Daher können wir verschmerzen, daß der in Passivität verfallende Tunda in seinem innersten Wesen uns fremd und unerkennlich bleibt. Ein winziges Restchen Romanart hat sich in ihm erhalten: in seiner Brusthaare trägt er die Photographie seiner Jugendliebe. In ihr bekennt er immer noch die Hoffnung auf das Höhere, Bessere. Einmal, nach einem guten Duzend Jahre, bekennt er der einstigen Verlobten wieder, die längst einen anderen geheiratet hat — und siehe da, ein Mädchen, um ihm zu lafen, daß auch die angeheiratete Frau nichts ist als eine der vielen Elementen, wohnhaften Gesellschaftspuppen des Proletariats. Damit ist Tunda erledigt, er steht am Ende seiner Flucht ohne Ende, ohne Beruf, ohne Hoffnung, ohne jedes Erleben — als der überflüssigste Mensch der Welt. Dieser Schluß fordert, bei aller Begeisterung für die Wirklichkeitsüberwindung Roths, Widerspruch heraus. Warum — das braucht wohl ein Sozialist von Sozialisten nicht ausführlich auseinanderzusetzen. Daß Tunda keinen der Wege entdeckt, die aus der Hoffnungslosigkeit herausführen,

nimmt seinem Skeptizismus die innere Rechtfertigung. Sollen wir wirklich zugeben, daß der Mensch, der die Gegenwart durchschaut, der die letzten Illusionen überwinden hat, auf Erden überflüssig ist? Das heißt, jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist begraben. Wer aber gegen solche Resignation und Entmutigung durch sozialistischen Optimismus geleitet ist, der sollte die Lektüre dieses wirklich wertvollen Buches nicht veräumen. Erich Kuttner.

Ein Ministerialdekret über rhytmisch-gymnastischen Unterricht. Auf den Bericht einer Provinzialregierung hat das preussische Kultusministerium geantwortet, daß es in Rücksicht darauf, daß eine genaue Bestimmung und Abgrenzung des Begriffs „rhytmische Erziehung“ gegenwärtig noch nicht erfolgen kann, zurzeit davon abstehe, zu der Frage der Genehmigungspflicht für Tanzlehrer und andere Personen, die rhytmisch-gymnastischen Unterricht erteilen wollen, eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen. Die Regierung solle vorerst in jedem einzelnen Falle eingehend prüfen, ob der Antragsteller nach seiner Vorbildung und nach der Gestaltung seiner Lehrgänge vorwiegend musikalischer, körperbildende oder tänzerische Zwecke verfolge. Je nach Lage der Fälle würde über die Anträge nach den Grundsätzen zu entscheiden sein, die jeweils für die Musikerziehung, den Turnunterricht oder die Tanzausbildung gelten. Weitere grundsätzliche Stellungnahme behält sich das Kultusministerium vor und ersucht, ihm für die künftige Behandlung der Frage über Fälle von besonderer Bedeutung zu berichten.

Tanzmatinee im Renaissance-Theater. Die Tanzgruppe Ruth Allerhands zeigte im Renaissance-Theater eine Komposition ihrer Beherrin. Das Tanzwerk „Spiralen“ ist, trotz einer deutlich fühlbaren intellektuellen Struktur, von starkem tänzerischen Eigenleben. Ruth Allerhand, die man bisher hauptsächlich als tüchtige Gymnastiklehrerin schätzte, stellt sich mit diesem Tanzzyklus in die Reihe der Tanzmeisterinnen. Ob sie sich freilich hier wird halten können, läßt sich nach dieser Vorbereitung noch nicht voraussagen. Das Ergebnis des tänzerischen Körners oder richtiger der tänzerischen Körper wurde dem Zuschauer. Das Ergebnis des tänzerisch geformten Körpers empfand man nur ganz selten. Zum Teil mag hieran schuld sein, daß der Tanzgruppe, in der jede einzelne Tänzerin eine recht gute Körperbildung besitzt, die Präzision der Anlagensarbeit noch fehlt. Stärker als von den „Raumspiralen“, bei denen die Solistin, die benannte Janny Ahem, aber auch ein tänzerisches Quartett und Quintett noch wirkungsvoll waren, die gesamte Tanzgruppe jedoch verlor, ging von den „Körnerkörpern“ eine einheitliche Wirkung aus. Hier, wo der Tanz mit Raumausfüllung, sondern Raumgestaltung will, die vom Einzelkörper oder einer Körpergruppe ihren Ausdruck nimmt, wird der tänzerische Reiz durch seine kleine Anzahl in der Anlagensarbeit der Gruppe nicht geklärt. Die Entwicklung dieser Tanzmatinee aus rhytmisch geformten Bewegungen in periodische Bewegung, das Zurückfallen in passive Erschlaffung, Aufblühen in extatische Bewegung, Ausstrahlen in ruhige, weicher von starkem Rhythmus geformte Kurven leitet fast eine Art geantzier Weltanschauung anzuwirken. Auf jeden Fall überwiegt die tänzerische Idee, und die philosophische Würze wird nicht störend empfunden. Dagegen sollte Ruth Allerhand nicht versuchen, durch

Beleuchtungswechsel — mit besonderer Vorliebe von Sonnengelb in schwaches Rot — ihrem Tanzwerk einen pittoresken Schmuck zu geben. Der ernsthaft zu wertende Tanz muß aus sich heraus Stimmungen wecken und verändern können. Deshalb schaute Frau Allerhand ihr Tanzwerk — und ihr Publikum — so gering ein? Noch etwas anderes stört: das fortgesetzte Verschwinden und Auftauchen von Tänzerinnen. Peere und Erfüllung des Raumes ist beim Tanz kein optischer, sondern ein tänzerischer Ausdruck, der nicht vom Vorhandensein einer größeren und geringeren Zahl von Personen abhängt. Schließlich liegt das Bühnenbild alles zu wünschen übrig: Dunkle Seitenwände wurden von einem volanteschönen weißen Schallgittervorhang zusammengehalten, von dem sich die geschmackvollen, stilisierten Kostüme der Tänzerinnen selbstam genug abhoben. Les.

Ein Gebäude für Entmottung. Ein eigenes festes Gebäude zur Durchführung der Entmottung ist jetzt, wie R. Broßler im „Anzeiger für Schädlingkunde“ berichtet, von einer bekannten Färberei in Berlin-Spandauerstraße eingerichtet worden. Das Gebäude besitzt eine aus Stein gebaute Entmottungskammer, außerdem zwei Borräume und einen Borräumchen. Die Kammer kann durch zwei Türen vollständig dicht abgeschlossen werden, so daß ein Austritt der Gifte unmöglich ist; ihre Temperatur wird auf 15 bis 20 Grad gehalten. Zum Töten der Schädlinge dient ein Wasserdampfapparat, das die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung geschaffen hat. Das Präparat wird von Arbeitern, die mit Gasmasken versehen sind, in der Kammer ausgebreitet, nach hinreichender Durchdringung der Möbel, Pelze, Teppiche usw., die entmottet werden sollen, wird das Gas durch einen Ventilator abgesaugt, und dann wird auf chemischem Wege geprüft, ob die Kammer von den Giftdämpfen völlig frei ist. Erst dann darf sie wieder geöffnet und betreten werden. Nachdem die entmotteten Gegenstände gelüftet und geklopft sind, können sie sofort in Gebrauch genommen werden.

Die Premiere von „Bronz-Expreß“ in den Kammertheatern ist nicht am 1. sondern am 2. Dez. statt. Die zur Premiere geladenen Kritiker behalten ihre Gültigkeit. Die 1te Vorstellung, den 2. geladenen Kritiken umgetauscht werden.

Eine Schauspieler-Nachvorstellung der Komödie „Schieder des Ru“ findet am 3. Dezember, 7½ Uhr, im Theater am Schiffbauerdamm, ausnahmsweise ein Schauspielerheim der Genossenschaft für engagementfreie Bühnenaufnahme statt. Karten im Bureau des Bezugsverbandes, Reut. 11, Zimmer 10.

In einem der Mitarbeiter des teutschen Personals der Reichsbahn am 4. Dezember, 7½ Uhr, im Theater am Schiffbauerdamm, ausnahmsweise ein Schauspielerheim der Genossenschaft für engagementfreie Bühnenaufnahme statt. Karten im Bureau des Bezugsverbandes, Reut. 11, Zimmer 10.

Engagementfreie Bühnenaufnahme der Bühnengemeinschaft in Köln, den 4. Dezember, 7½ Uhr, im Theater am Schiffbauerdamm, ausnahmsweise ein Schauspielerheim der Genossenschaft für engagementfreie Bühnenaufnahme statt. Karten im Bureau des Bezugsverbandes, Reut. 11, Zimmer 10.

Steuerrückstände / Steuerstundungen.

Der Eingang der Steuern bessert sich.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag kürzlich eine Uebersicht über den Stand der Erhebung und Beitreibung der Besitz- und Verkehrssteuern, sowie der Zölle und Verbrauchsabgaben am 1. Januar, 1. April und 1. Juli 1927 überreicht. Sie enthält Angaben über die Höhe der Rückstände und über die Höhe der Stundungen, und zwar getrennt nach den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken.

Das wichtigste Ergebnis dieser Denkschrift ist die Feststellung, daß sowohl die Steuerrückstände überhaupt wie auch die Steuerstundungen zurückgegangen sind. Die Steuerrückstände beliefen sich am 1. Oktober 1926 auf 620 Millionen, am 1. Januar 1927 auf 553 2, am 1. April auf 547,9 und am 1. Juli 1927 auf 477,3 Millionen. Die gesamten Rückstände sind also in der Zeit vom Oktober 1926 bis Juli 1927 um fast 150 Millionen geringer geworden. Ähnlich ist die Entwicklung der Steuerstundungen, also bei dem Teil der Rückstände, dessen spätere Zahlung ausdrücklich gestattet ist. Die Höhe der gestundeten Steuern belief sich am 1. Oktober 1926 auf 338 Millionen, am 1. Januar 1927 auf 289,1, am 1. April auf 285,4 und am 1. Juli auf 232 Millionen, also auch hier eine Besserung um 75 Millionen.

Der größte Teil dieser Steuerrückstände und Steuerstundungen entsteht selbstverständlich bei den Besitz- und Verkehrssteuern. Wenn sich auch bei der ganzen Art dieser Steuern Rückstände nie werden ganz vermeiden lassen, so sind sie doch gegenwärtig bei einzelnen Steuern ungewöhnlich hoch. Das ergibt sich am deutlichsten, wenn man die Rückstände vergleicht mit dem Ertrag der Steuern in den vorangegangenen drei Monaten. Bei den wichtigsten Besitzsteuern ergibt sich dann folgendes Bild:

Einkommensteuer	Einkommen in den Monaten		Rückstände am 1. Juli
	April, Mai, Juni	in Millionen Mark	
Einkommensteuer	299,7	171,4	
Körperschaftsteuer	95,7	48,4	
Umsatzsteuer	145,8	75,7	
Vermögenssteuer	116,1	58,2	
Erbschaftsteuer	16,4	50,0	
Gesellschaftsteuer	17,6	19,5	
Obligationssteuer	11,3	39,2	

Bei all diesen Besitzsteuern ist also mindestens die Hälfte des Betrages rückständig, der in dem vorhergehenden Quartal eingegangen ist. Am höchsten aber sind die Rückstände bei den Steuern, die nur von den wirklich Leistungsfähigen zu zahlen sind. Bei der Obligationsteuer ist ein Betrag von 39 Millionen rückständig, also fast das Vierfache des Vierteljahresaufkommens. Auch bei der Gesellschaftsteuer übersteigt der Rückstand den Vierteljahresertrag. Die Rückstände bei der Erbschaftsteuer mit 50 Millionen erreichen sogar fast den vorgesehenen Jahresertrag. Das ist die Folge der weitgehenden gesetzlichen Stundungsvorschriften.

Günstiger sind die Verhältnisse bei den Verbrauchsabgaben und den Zöllen:

Zollsteuer	Einkommen in den Monaten		Rückstände am 1. Juli
	April, Mai, Juni	in Millionen Mark	
Zollsteuer	174,1	56,9	
Industrie	66,9	11,0	
Biersteuer	78,4	1,1	
Zölle	292,5	28,1	

Nur die Tabaksteuer weist also wesentliche Rückstände auf.

Gewiß gibt es berechtigte Gründe für Steuerrückstände und Steuerstundungen im Einzelfall. Sie unterstreichen aber doch die Tatsache, daß bei den veranlagten Steuern weitestgehende Rücksicht genommen wird, während es bei der Lohnsteuer daran fehlt. Hier gibt es eine derartige Rücksicht nicht, hier wird die Steuer in jedem Fall erhoben, auch wenn noch so viel Billigkeitserwägungen einen Erlass oder eine Stundung rechtfertigen würden. Deshalb muß man die Erhebung der Lohnsteuer so milde machen, daß auch hier im Einzelfall keine erbitternden Härten entstehen.

Die soziale Gemeinde Wien.

Wien, 30. November.

Der Gemeinderat hat einstimmig den Abschluß der 6,8 prozentigen 30-Millionen-Dollaranleihe zum Ausbau der städtischen Unternehmungen genehmigt und beschlossen, die Zinslasten der Stadtkasse von 1922 einzulösen, soweit die Inhaber nicht Stücke dieser Dollaranleihe erwerben.

Der sozialdemokratische Gemeinderatsklub, der fast die Zweidrittelmehrheit darstellt, hat Anträge beschlossen, wonach die städtischen Suspenden für bedürftige höhere Schüler und Studenten um 200 im Jahr vermehrt werden und zum Andenken an die glückliche Rettung des Bürgermeisters aus Lebensgefahr eine Selb.-Lehnhalle errichtet wird.

Das Burgenland bleibt deutschösterreichisch.

Gienstadt, 30. November.

Im burgenländischen Landtag brachten die Christlichsozialen, die Großdeutschen und die Sozialdemokraten eine Anfrage ein, die um Auskunft ersucht, was der Landeshaupmann zu tun gedente, damit Lord Rothermere bei der von ihm angeforderten Prüfung der Verhältnisse im Burgenland das richtige Bild gewinne. Landeshaupmann Rauhofer antwortete: Ein burgenländisches Problem gibt es überhaupt nicht; das Burgenland bleibt deutschösterreichisch für immer. Die Frage der Grenzen zwischen Ungarn und Oesterreich wird auch von der ungarischen Regierung als bereinigt angesehen, was die ungarische Regierung sowohl der österreichischen Regierung, als auch den anderen Mächten offiziell bekanntgegeben hat. Wenn Lord Rothermere bei dieser Gelegenheit eine Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse nach für notwendig hält, so wird die Landesregierung gern bereit sein, ihn bei dieser Prüfung zu unterstützen. Die Funktionen des Landes werden ihm zeigen, daß die Gemeindefunktionen vollste Freiheit genießen, daß die Sicherheitsorgane den Befehlen des gewählten Landeshaupmannes gehorchen und daß die Beamten die Befehle der burgenländischen Volksbeauftragten befolgen. Im Lande dürfen nur solche militärische Abteilungen weilen, die sich aus Burgenländern rekrutieren, was alles beweist, daß der Grenzschutz gegen Ungarn ihnen anvertraut ist. Noch niemals in der Geschichte aller Zeiten und Völker wurde ein gewonnenes Land von einem einverleibenden Staate mit so unbegrenztem Vertrauen und solcher Rücksicht behandelt, wie eben das Burgenland von der Republik Oesterreich.

Der Raubmord in der Grünauer Straße.

Keine Spur des Täters.

Das Kapitalverbrechen in der Grünauer Straße, dem der betagte Gastwirt Theophil Rogowski zum Opfer fiel, beschäftigte die ganze Nacht hindurch die Nordkommission und ein Heer von Beamten.

Der schaurige Vorgang muß sich in ganz kurzer Zeit — in höchstens 7 bis 10 Minuten — wie folgt abgepielt haben: Rogowski stand mit einem Schaumöl in der linken Hand hinter der Theke und war im Begriff, ein Glas oder sonst etwas aus dem Büfett zu nehmen. In diesem Augenblick, als er sich nach rechts umdrehte, erhielt er von dem Mörder

Die tödlichen Schläge

mit einem Werkzeuge, das noch nicht bekannt ist und das der Täter mitgebracht und wieder mitgenommen haben muß. Die Hiebe gingen alle auf der linken Seite des Hinterkopfes. Das Werkzeug kann ein Handbeil gewesen sein, mit dessen Gehäuse zugeschlagen wurde, oder ein großer Hammer oder eine Hacke. Die tödlichen Wunden bilden eine gerade Linie von etwa 6 Zentimeter und darauf aufeinander zwei Linien von 2 Zentimeter, die im spitzen Winkel von der ersten austreten. Höchst wahrscheinlich kommt nur ein Täter in Betracht. Das zweite Bierglas, aus dem man zunächst auf zwei Mann schließen zu müssen glaubte, ist ein Glas mit etwem Sprung, das der Wirt beim Zapfen und Abstreichen des Schaumes benutzte. Der Mörder hat sich wahrscheinlich gar keine Zeit gelassen, zu trinken. Das ungeknappte Glas scheint mit dem vollen Inhalt ausgegossen zu sein. Der Mörder hat es gar nicht angefaßt. Ob der Mord von langer Hand geplant und ausgetastet worden ist, läßt sich nicht sagen. Sicher ist aber, daß der Mörder gemutet hat, daß es in dem Lokal zwischen 2 und 3½ Uhr sehr still zu sein pflegte. Diese Zeit benutzte Frau Rogowski regelmäßig, um sich in der Wohnung auszurufen und der Wirt pflegte sich inzwischen mit Abrechnen und dergleichen zu beschäftigen. Die Werte des Mörders ist noch geringer, als man zuerst glaubte. Nach den neueren Feststellungen sind ihm

nur 2 bis 3 Mark in die Hände gefallen.

Man rechnete damit, daß der Täter ein Pole oder sonst ein Landarbeiter sein könnte, die oft von dem nahe gelegenen Görtlicher Bahnhof abfahren. Der Bahnhof wurde deshalb sofort von Kriminalbeamten besetzt und die ganze Nacht hindurch beobachtet. Von dem Täter, der start mit Blut bedeckt sein muß, wurde aber hier keine Spur gefunden. Auch die Nachforschungen in Lokalen, Herbergen usw. blieben bisher erfolglos. Es ist auch noch niemand ermittelt, der in der trübsamen Zeit jemanden aus dem Lokal hätte heraus-

kommen sehen. Es ist nicht beobachtet worden, daß sich jemand irgendwo die Hände oder die Kleidung von Blut gereinigt hätte.

Verdacht erregt ein Vorgang, der sich am Montag nachmittag zurag. Vor einem Zigarrengeschäft, das der Wirtschaft schräg gegenüber liegt, gingen zwei Männer auf und ab. Einer betrat dann den Laden, verlangte eine Zigarette zu 2 Pfennig und tat dann plötzlich so, als ob ihm unwohl geworden wäre. Er ließ sich in einem Korbfessel fallen und bot die Geschäftstür, um ein Glas Wasser zu holen. Die Frau lehnte das ab und sagte ihm ins Gesicht, daß sie an sein Unwohlsein nicht glaube. Jetzt hat er, ihm wenigstens aus einem benachbarten Lokal einen Schnaps zu holen, damit er sich stärken könne. Als die Frau statt dessen die Tür öffnete und nach einem Schupo beamten rief, sprang der Kunde auf, lief hinaus und verschwand mit dem anderen, der noch draußen stand. Den Spuren dieser beiden geht die Kriminalpolizei nach, weil es möglich ist, daß hier ein Zusammenhang mit dem Mord besteht. Unter Hinweis auf die Belohnung von 1000 R. werden noch einmal alle, die zur Aufklärung des Verbrechens irgendwie beitragen können, gebeten, sich unverzüglich bei den Kommissaren Brachwitz und Thomas im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums zu melden.

Gemeinsam in den Tod.

Mit der Aufklärung einer geheimnisvollen Angelegenheit ist die Kriminalpolizei zuletzt in Lichtenrade beschäftigt. In der Backstube einer Bäckerei in der Hiltbertstraße zu Lichtenrade wurde heute früh der 23jährige Bäcker Hans Jengerisch und dessen Geliebte, die 27jährige Hausangestellte Erna Wulfschke, durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Jengerisch hatte seine Stellung am 28. d. M. in der Hiltbertstraße aufgegeben. In der Nacht hat er sich, da er vermutlich noch schlaflos von seiner alten Arbeitsstelle und besah mit den Verhältnissen genau vertraut war, heimlich und unbemerkt mit Frä. Wulfschke, die nicht wußte, daß er in der Bäckerei nicht mehr beschäftigt war, Eingang verschafft. In einem kleinen von der Backstube abgetrennten Raum machten es sich dann beide bequem. Wieder den Hergang der nun folgenden Tragödie ist die Polizei zu folgender Annahme gelangt: Jengerisch, in dessen Taschen man Briefe fand, in denen er mitteilte, daß er freiwillig aus dem Leben scheiden werde, stand, während seine Freundin schlief, unbemerkt auf und öffnete die Gasahne und die ausströmenden Gasströme führten den Tod der beiden herbei. Als heute früh gegen 3 Uhr der Besitzer den Raum betrat, strömte ihm ein starker Gasgeruch entgegen. Er fand das Paar leblos auf. Die Feuerwehr nahm Wiederbelebungsversuche vor, die jedoch ohne Erfolg blieben. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt.

Mit dem Auto in den See.

Schwerer Unglücksfall in Wilmersdorf.

In der letzten Nacht ereignete sich in der Mannheimer Straße in Wilmersdorf ein schweres Autounglück. Der 20jährige Kaufmann Albert Marks, wohnhaft Kurfürstendamm 109, raste in schnellem Tempo am Ende der Mannheimer Straße auf den Bürgersteig, fuhr noch etwa zwölf bis fünfzehn Meter durch die Parkanlagen und stürzte mit seinem Wagen die etwa 15 Meter hohe Böschung hinab in den an dieser Stelle etwa zwei bis drei Meter tiefen Wilmersdorfer Parkteich, des sogenannten Wilmersdorfer Fenns.

Passanten, die das Unglück beobachtet hatten, riefen sofort die Feuerwehr. Da zunächst angenommen wurde, daß sich in dem abgestürzten Wagen mehrere Personen befinden würden, eilten unter Leitung des Baurats Berg auf den Alarm Menschenleben in Gefahr drei Löschzüge mit einem Rettungswagen an. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich infolge der felsigen Böschung äußerst schwierig. Es mußte ein Stützgerüst bis zu dem abgestürzten Kraftwagen, der etwa 6 bis 7 Meter vom Ufer entfernt lag, zusammengebaut werden. Gleichzeitig wurde ein Schlauchboot ins Wasser gelassen, das sich hervorragend bewährte. Zunächst wurde Marks aus dem völlig unter Wasser liegenden Wagen als Leiche geborgen. Die Vermutung, daß sich noch weitere Insassen im Innern des Wagens befänden, bestätigte sich glücklicherweise nicht. Das schwer beschädigte Auto wurde angehakt und nach fast zweistündiger Arbeit von 30 Feuerwehrbeamten in die Höhe gehoben. Trotz der späten Abendstunde hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die den schwierigen Bergungsarbeiten der Feuerwehr zusah. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben, sollte Marks, da er in einem Restaurant in der Nähe der Mannheimer Straße mit dem Wirt wegen der Jefe in Streit geraten war, von einem Schupo beamten festgesetzt werden. Marks nahm gegen den Beamten eine drohende Stellung ein und versuchte abzuhäuten. Zunächst konnte er auch daran scheitern werden. Plötzlich gab Marks, der angetrunken zu sein schien, jedoch Kollaps und fuhr in rasendem Tempo davon. Er bog in die Mannheimer Straße ein und überfuhr in der Dunkelheit, daß die Straße hier zu Ende ging. Wenige Sekunden später war das Unglück geschehen.

Der Verunglückte muß in einem richtigen Salto abgestürzt sein, denn hartes Aufschlagen, das auf der Böschung in fünf Meter Höhe angefangen ist, blieb völlig unversehrt.

Maiern in Pankow.

Zum Stande der Infektionskrankheiten in Berlin teilt das Hauptgesundheitsamt mit: In den letzten Tagen sind zwei Schulklassen in Pankow wegen Maiern geschlossen worden, eine im Bezirksamt Friedrichshagen wegen Diphtherie. In der Heil- und Pflegeanstalt Buch ist eine größere Anzahl von Durchfällen beobachtet worden. Die bakteriologische Untersuchung hat ergeben, daß es sich um Ruhr handelt. Durch die eingeleiteten Maßnahmen ist die kleine Epidemie zum Stillstand gebracht worden. Die Erkrankten sind durchweg leicht verlaufen. Die meisten Patienten befinden sich bereits in der Genesung.

Keine Denkmalschändung im Tiergarten. Wir berichteten gestern Abend über eine angedachte Denkmalschändung im Tiergarten. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß keine böswillige Beschädigung vorliegt. Schon länger war beobachtet worden, daß Wilkes Bildnis an der Bank beim Denkmal Friedrich Wilhelms III. nicht mehr ganz fest sei. Unter dem Einfluß der Witterung hat es sich weiter gelockert. Wahrscheinlich hat jemand auf der Bank gesessen und dadurch unfreiwillig bemerkt, daß das Bildnis sich völlig löste und herunterfiel.

Noch ein Opfer der Hochwasserkatastrophe im Erzgebirge aufgefunden. Dem „Rinnauer Anzeiger“ zufolge fand man gestern bei Abbruch und Aufräumungsarbeiten in Bergschnee bei Leiba des seit nahezu fünf Monaten vermissten Fischerberemeisters Görtzel, der anscheinend in der Unwetternacht vom 8. Juli bei Rettungsarbeiten ums Leben gekommen ist. Die Leiche war nur an den Kleidungsstücken kenntlich.

Wichtig! Typographia! Die Liebungsstunde am Donnerstag, dem 1. Dezember, vom 11. bis 12. Uhr.

Die Laten derer von Kähne.

v. Kähne jun. vor Gericht.

Wieder steht ein Sproß derer v. Kähne vor einem Potsdamer Gericht, um sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Die Große Potsdamer Strafkammer verhandelt heute gegen den 33jährigen mehrfach vorbestraften Vorstaufführer Karl v. Kähne jun. auf Pehow, der sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hat.

Am Sonntag, dem 23. Januar d. J., war der Angeklagte mit dem Bruder seiner Frau, einem Unteroffizier Schröder vom Reichwehregiment 9 in Potsdam, zum Scheibenschießen in den Hof seines Vaters gegangen. Dabei kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Ausflüglerpaar, das auf verbotenen Wegen gewandert war. Der Angeklagte schlug dabei den 16jährigen Kumpferlehrling Wollentin Jahnke aus Berlin mit einem Stock auf den Kopf und den Oberarmen. Der Unteroffizier befahl den Ausflüglern, strammzustehen, und dann wurden sie mit den Worten „marsch, marsch“ aus dem Wald getrieben. Jahnke trug schwere Schwellungen am Kopf und Unterarm davon und war mehrere Tage krank geschrieben. Für diese Uebergriffe erhielt der oblige Sproß nur 200 R. Geldstrafe gegen das Urteil hat sowohl der als Nebenkläger zugelassene Jahnke als auch die Staatsanwaltschaft sowie v. Kähne Berufung eingelegt. Unmittelbar nach diesem Ueberfall kam es zu einem erneuten Zusammenstoß zwischen dem Sportberlin „Fichte“, Berlin, dem Angeklagten und dem Unteroffizier Schröder. Schröder verletzte einem Mitglied der Gruppe einen Schlag hinter das rechte Ohr. Kähne kam blutig und rief: „Ihr seid wohl auch von den Kommunisten, raus aus dem Wald meines Vaters.“ Ein Ausflügler sagte: „Ach, Kähne sind Sie, altesamte Parte.“ Der Unteroffizier Schröder erhielt wegen dieser Mißhandlung eine Geldstrafe von ganzen 30 R. Auch hier ist von allen Seiten Berufung eingelegt worden. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Gajjar.

Am Laufe der Verhandlungen gegen Herrn von Kähne jun. kam zur Sprache, daß der Angeklagte nicht mehr Vorstaufführer bei seinem Vater ist. Nach schweren Zusammenstößen auf Schloss Pehow zwischen Vater und Sohn, der die Resalliance dem Sohn nicht verzeihen kann, ist der Angeklagte als Vorstaufführer von seinem Vater entlassen worden. Er steht nur noch im Deputat bei ihm. Der Angeklagte verliert in seiner Verteidigung den § 51 für sich anzunehmen, indem er behauptet, daß er seit einer Schlägerei, die vor zwei Jahren stattgefunden hat, schwer am Kopf verletzt worden sei, dadurch geräte er sehr oft in Erregung und Duranfalle, die ein klares Denken bei ihm ausschließen. Vors.: Behaupten Sie, daß Sie unzurechnungsfähig sind? Angekl.: In großer Erregung ausspringend: Ich habe das Empfinden, daß der hohe Gerichtshof in Potsdam mich nicht wohlgefällig ist. Dabei läßt sich der Angeklagte erschöpfen auf die Behauptung der Anklagebank fallen. Der Verteidiger stellt den Antrag, Professor Wolff aus Hermannswerder darüber zu vernahmen, ob der Angeklagte vorübergehend geistesgestört ist.

Schachweltmeister Aljechin.

Das große Turnier um die Weltmeisterschaft im Schachspiel war bis zur 34. Partie gelaufen. Sie war abgebrochen, und als sie tags darauf fortgesetzt wurde, erlannete Capablanca, daß er sie nicht mehr gewinnen könne; er gab sie auf und somit hat Dr. Aljechin das Turnier, in dem er bereits weit voran war, und damit die Weltmeisterschaft gewonnen. Capablanca kann sich mit seiner neuen Würde als Gefandter der Republik Cuba trösten.

Schwere Explosion in Hanau. In den Werken der Deutschen Dunlop-Gummifabrikation in Hanau ist am Mittwoch früh durch eine Explosion der Deckel eines Dampfessels abgerissen worden. Dabei wurde ein 21 Jahre alter Arbeiter getötet. Fünf Arbeiter wurden schwer, mehrere leichter verletzt. Die fünf schwerverletzten Arbeiter wurden in das Landeskrankenhaus in Hanau eingeliefert.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Auf den Postämtern stehen unter und Verteilung des Sozialblattes für Berlin und Anstaltsverteilung G. Jochen, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 1. Das Sozialblatt, dessen wir uns sehr freuen, ist ein wertvolles Organ, das nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeiterinnen in der Arbeiterbewegung zu billigen Preisen vor.

Verhandlungen in Sachsen.

Die Reichsbahndirektion wünscht sie.

Dresden, 30. November. (Eigenbericht.)

Die Reichsbahndirektion Dresden hat heute durch Elbgraf die Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zu einer Besprechung zur Beilegung des Konflikts gebeten. Die Besprechungen finden heute nachmittag statt.

Im übrigen geht der Kampf unvermindert weiter. Die Arbeiter des Eisenbahnausbesserungswerks, das vollständig stillgelegt, gelten als Streikarbeit und sind als solche allen Bezirksleitungen des Einheitsverbandes gekennzeichnet worden. Die Meldung der Pressestelle der Reichsbahndirektion, daß am 2. Dezember der Betrieb wieder aufgenommen wird, läßt den Tatsachen voraus. Es wird von dem Ausgang der Verhandlungen abhängen, ob und wann die Arbeit wieder aufgenommen und die passiven Resistenz wieder eingestellt wird.

Verhandlungen in der Schwerindustrie.

Die Unternehmer sind bockbeinig.

Köln, 30. November. (Eigenbericht.)

Am Dienstag fanden in Düsseldorf die Verhandlungen in der vom Reichsarbeitsminister eingesetzten kleinen Kommission über die Forderungen der Metallarbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie, nordwestliche Gruppe, unter Vorsitz des Schlichters statt. Der Deutsche Metallarbeiterverband fordert: 1. Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstages sowie die dreiteilige achtstündige Wechselshift in den Hütten- und Walzwerksbetrieben und entsprechendes Lohnausgleich einschließlich der Arbeitszeitverkürzung vom 8. August, mit Wirkung vom 1. Januar 1928; 2. die Löhne der Facharbeiter (Schlosser, Dreher) werden um 10 P. pro Stunde erhöht; den im Lohn beschäftigten Arbeitern wird ebenfalls der neue festzusetzende Lohnzuschlag voll gewährt; 3. die Löhne der Lehrlinge werden anderweitig geregelt und erhöht.

Die Unternehmer lehnten sämtliche Lohnforderungen ab, so daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Sie werden am Freitag fortgesetzt.

Es gibt keine Teuerung!

Sagt der Arbeitgeberverband für den Einzelhandel.

Wieder einmal zeigt es sich, daß den Unternehmern des Handelszweiges, der in engster Berührung mit der großen Masse des kaufenden Publikums steht, jedes Verständnis für die Bedeutung der Kaufkraft dann abgeht, wenn es sich um die Kaufkraft der eigenen Angestellten handelt. Wie eine ganze Reihe anderer Tarifverträge, gilt auch der Gehaltsstuf für den Einzelhandel bis zum 31. März 1928. Man sollte nun meinen, daß die Unternehmer ihr „soziales Verständnis“ für die Lage der Angestellten wenigstens zu dem Zeitpunkt mal wieder entdecken würden, wo eine Teuerung eingetreten ist, die gabeltief eine Revision der bestehenden Gehaltsstufen fordert.

Im Auftrage seiner Mitglieder hatte der Zentralverband der Angestellten beim Arbeitgeberverband eine Verhandlung zum Zwecke einer wirtschaftlichen Vereinbarung beantragt. Für den Arbeitgeberverband im Einzelhandel besteht jedoch eine solche Notwendigkeit nicht. Nach einigen Wochen Ueberlegung fand er keine bessere Antwort als den Hinweis auf die zum Tarif gehörende Protokollnotiz. Nach dem 1. Januar 1928 könne man ja untersuchen, ob wirklich die Lage der Angestellten eine wirtschaftliche Regelung der Gehälter erforderlich mache. Auch ein nachträgliches Schreiben hat den Arbeitgeberverband anscheinend zu keiner anderen Meinung bekehren können.

Die Angestellten des Einzelhandels, die jetzt vor dem Weihnachtsgeschäft in ganz besonderer Maße zur Arbeitsleistung, auch zu Ueberstunden herangezogen werden, wissen also, woran sie sind. Aus dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes spricht nicht mehr und nicht minder als eine ungeheure Rücksichtung der eigenen Angestellten. Die Angestellten müssen auch wissen, welche Antwort sie den Unternehmern zu geben haben: Die Organisation aller Angestellten des Einzelhandels im BDA!

Wehr denn je ist notwendig, daß die Angestellten ihre eigenen Forderungen vor der Öffentlichkeit begründen. Aus diesem Grunde und zum Protest gegen die Gehaltspolitik des Einzelhandels veranstaltet der Zentralverband der Angestellten Donnerstag, den 1. Dezember, um 19.30 Uhr, in den Armint-Sälen, Kommandantenstraße 58/59, eine Versammlung der Einzelhandelsangestellten. Die Angestellten müssen dort ihre Antwort auf die Gehaltspolitik des Einzelhandels geben.

Gautag des Butab.

Am Sonntag, dem 27. November, hielt der Gau Brandenburg des Bundes der technischen Angestellten und Beamten seinen achten ordentlichen Gautag in Berlin ab. Der von dem Gauvorsitzenden Lemmich gegebene Bericht behandelte interne Verwaltungs-technische Angelegenheiten, während der Gauleiter Günther in seinem Bericht die gewerkschaftlichen Vorgänge innerhalb des Zeitraumes Mai 1926 bis Oktober 1927 einer eingehenden Betrachtung unterzog. Diese Konjunkturverbesserung, die sich besonders im Jahre 1927 bemerkbar machte, habe sich natürlich auch auf die Entwicklung der Mitgliederzahl ausgewirkt, so daß der Gau Brandenburg in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich Oktober dieses Jahres einen Mitgliederzuwachs von 6 Proz. verzeichnen kann. Auch die Hospitantengruppe und die Jugendlichen haben

eine besonders erfreuliche Aufwärtsentwicklung

genommen, indem die erstere sich nahezu verdreifacht und die Mitgliederzahl der Jugendlichen verdoppelt hat. Dies sei besonders zu begrüßen, weil Jugendliche und Hospitanten das Reservoir für den

Rachwuchs an ordentlichen Mitgliedern bilden. Eine gleich günstige Entwicklung weist der Beitragsengang auf. In fast allen Monaten des Jahres 1927 wurde das theoretische Beitragsloß nicht nur erreicht, sondern überschritten.

Auf sozialpolitischem Gebiet seien in der Berichtszeit einige bedeutsame Verbesserungen, wie z. B. das Kündigungsschutzgesetz und die Arbeitszeitverordnung zu verzeichnen. Durch letztere ist es gelungen, die achtstündige Arbeitszeit wieder zur Norm zu machen, zum mindesten aber die Leistung unbetzahlter Ueberstunden völlig zu beseitigen. Weitere Erfolge bedeuteten das ab 1. Juli in Kraft getretene Arbeitsgerichtsrecht und das seit 1. Oktober geltende Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Auf lohnpolitischem Gebiet ist es überall gelungen, zum Teil recht beträchtliche Erhöhungen der tariflich vereinbarten Gehaltsätze zu erzielen. Aus dem zu diesem Punkt dem Gautage vorgelegten graphischen Material ging hervor, daß der größte Erfolg zur Erreichung eines möglichst hohen Anteils am Unternehmergewinn in den Gruppen zu verzeichnen ist, die, wie beispielsweise die Berliner Gesundheitsindustrie, stark genug waren, ihre Forderungen durch Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels, d. h. durch Arbeitseinstellung, zu verwirklichen. Es müsse daher unsere Aufgabe sein, die Berufscollegen zu einer einheitlichen Rasse zusammenzuschließen unter der Erkenntnis, daß

die Zeit des Individualismus vorbei

ist und der Kollektivismus, wie dies der reiflose Zusammenbruch der Unternehmer zeige, seine Herrschaft angetreten hat.

In der zu den Berichten einleitenden lebhaften Diskussion wurden die vorgetragenen Gedankengänge nachdrücklich unterstützt und hervorgehoben, daß die Hauptaufgabe des Butab darin bestehe, den Berufscollegen klarzumachen, daß die Kluft zwischen Kapital und Arbeit unüberbrückbar ist.

Der folgende Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit dem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen. Nach einem einleitenden Referat des Gauvorsitzenden Goebel bezüglich der geplanten Einrichtung einer Altershilfe wurde nach außerordentlich reger Debatte beschlossen, eine derartige Einrichtung abzulehnen, um den gewerkschaftlichen Kompromisscharakter der Organisation nicht zu verwischen. Die beste Altersversorgung sei auf jeden Fall eine ausreichende Bezahlung der Angestellten.

Im weiteren Verlauf des Gautages wurden nach den vorgehenden Bahnen zu den einzelnen Körperlichkeiten der Organisation und nach der einstimmigen Bestätigung des Gauleiters die zahlreich vorliegenden Anträge erledigt. Danach hielt der Geschäftsführer des Bundes Gram ein äußerst interessantes Referat über

„Der Techniker in der modernen Wirtschaft.“

Nach einer gründlichen Darstellung der Entwicklung des Technikerberufes ging aus dem im Referat enthaltenen Zahlenmaterial hervor, daß es in Deutschland in den verschiedensten Industrien und im Bergbau etwa 200000 technische Angestellte gibt. Trotzdem ein überaus bedeutender Prozentsatz davon bereits im Butab organisiert ist, bleibt hier noch ein weites Verborgenes offen.

Von den gleichfalls am Schluß des Gautages einstimmig angenommenen Entschlüsseungen, die sich mit der Verbesserung des Betriebsratsgesetzes und des Kündigungsschutzgesetzes befassen, haben wir die zu der Aussetzung der Zigarrenarbeiter bereits wiedergegeben.

Der Sportpalast tariffrüchtig.

Die gastwirtschaftliche Dekonomie des Sportpalastes in der Potsdamer Straße ist an die Gastwirte Blant und Fischer verpachtet. Diese Herren verlangen von den Kellnern bei der Einstellung, Verträge zu unterschreiben, daß sie auf den Garantelohn verzichten. So ist es mehreren Kellnern passiert, daß sie für achtstündige Arbeit in Frad und weißer Wäsche ganze 50 Pf. verdienen. Der Anstellungsvertrag ist natürlich rechtsunwirksam, wenn die Kellner von städtischen Arbeitsnachweis vermittelt werden, wie der Tarifvertrag es vorschreibt. Die Mehrzahl der Kellner werden aber aus durchsichtigen Gründen von Winkelnormierungen bezogen.

Daß die Herren Blant und Fischer auch des Betriebsratsgesetzes nicht kennen wollen, ist daher nicht weiter verwunderlich. Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wurden die beiden Unternehmer in höflichster Form auf ihre Pflichten hingewiesen. Erst jetzt bequemen sie sich, drei Angestellte zum Wahlvorstand zu ernennen. Herr Blant ist nun sehr ercoht und bezeichnet die Aufforderung des Zentralverbandes als Erpressung. Dem Vertreter des Zentralverbandes wurde von Herrn Blant das Haus verboten, und als das nicht möglich war, weil der Betreffende eine Eintrittskarte gekauft hatte, verbot er ihm die Unterhaltung mit dem Personal.

Die Berliner Bevölkerung wird sich an den großen Sporttagen, Boxkämpfen, Sechstagerrennen usw. die arbeiterfeindliche Haltung dieser Herren merken müssen.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin, Elbstr. 86/88 III.

Konfliktende auf den tschechoslowakischen Eisenbahnen.

Drag, 30. November.

Eisenbahnminister Rajman empfing gestern die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen und teilte ihnen die Stellungnahme des Ministeriums zu ihren Forderungen mit. Wie das „Prager Tagblatt“ erfährt, wurde zwischen dem Ministerium und den Eisenbahnern ein Einverständnis erzielt. Der Gesamtaufwand für die Forderungen der Eisenbahner wird 85 Millionen Kronen ausmachen. Von diesem Betrag entfallen 50 Millionen auf die Dienstzulagen und Zuschüsse, 30 Millionen auf Nebenbezüge und 5 Millionen auf Rückstände. Diese Zulagen werden noch vor Weihnachten ausgezahlt.

Die Sperre gegen den Betrieb „Schultheiß-Bahnhof“, Kottbusser Damm 62, Ecke Wefersstraße, Inh. K. Remppow, ist aufgehoben. Der Tarifvertrag wird anerkannt, die Angestellten sind organisiert.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.

Neue Wege für Liquidationsgeschädigte Wann geschieht endlich was?

Die Reichsregierung hat vor einigen Monaten einen Gesetzentwurf (Kriegsschadenschulden) ausgearbeitet, um solche Reichsdeutschen, die während des Krieges ihre Vermögen im Ausland verloren haben (Liquidation nach dem Berliner Vertrag), zu entschädigen. Die Entschädigungszahlungen machen nach dem ursprünglichen Plan des Reichsfinanzministeriums etwas mehr als eine Milliarde Mark aus. Diese Summe wollte das Reichsfinanzministerium in der Hauptsache durch Verkauf von Reichsbahnvorsatzaktien in Höhe von 731 Millionen Mark aufbringen. Der Verkauf ist nicht möglich, da sich der Reparationsagent dagegen wendet; auch dürfte der Kapitalmarkt gegenwärtig für dieses Objekt nicht genügend aufnahmefähig sein.

Das Reichsfinanzministerium hat nun einen neuen Finanzierungsplan ausgearbeitet, der, wie der „Soz. Presse-Dienst“ erfährt, bereits in den nächsten Tagen im Reichsrat erörtert werden soll. Während der ursprüngliche Finanzierungsplan des Reichsfinanzministers möglichst keine Einnahmestellen für die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten heranziehen wollte, will man jetzt den laufenden Einnahmen 160 Millionen Mark entnehmen, um die kleinen Geschädigten (Schäden bis zu 20000 Mark) abzufinden. Die Abfindung der übrigen Schäden denkt man mit Hilfe des Zinsertrages der Reichsbahnvorsatzaktien durchzuführen. Die Aktien erbringen an Zinsen jährlich 51,1 Millionen Mark. Wenn die Entschädigungszahlungen in 20 Jahren beendet werden sollen, wie das der neue Finanzierungsplan des Reichsfinanzministeriums vorsieht, sind aber dauernd Zuschüsse aus den Einnahmestellen zu leisten. Man veranschlagt diese auf ungefähr 20 Millionen pro Jahr. Die Gesamtausgaben des Reiches stellen sich damit auf rund 1,5 Milliarden Mark.

Reden und Regelungen sind jetzt nicht die Hauptsache. Notwendig ist, daß etwas geschieht, und daß besonders für die hunderttausende Kleinen etwas Besseres geschieht, ohne Rücksicht auf die Großen.

Innere Anleihen in Rußland.

1918 wurden von der Sowjetregierung nicht nur sämtliche Auslandsanleihen, sondern auch alle im Inland laufenden Verpflichtungen des Staates annulliert. Die erste Inlandsanleihe wurde vom Sowjetstaat 1922, nach der Einführung der Neuen Wirtschaftspolitik, in Raubform als Getreideanleihe aufgelegt. Die Aufhebung der ersten Geldanleihe erfolgte 1923. Die aus den Anleihen fließenden Einnahmen werden durch die folgende Zusammenstellung veranschaulicht, die auf amtlichen Angaben beruht. Danach betrug das Aufkommen aus Anleihen

1923/24	198,1 Mill. Rubel
1924/25	128,2 „
1925/26	143,2 „
1926/27	300,0 „
1927/28	400,0 „ (Voranschlag)

Die ersten Anleihen waren Zwangsanleihen, der Staat zahlte mit Anleiheobligationen den privaten Lieferanten und Kommissionären ihren Gewinn, den Arbeitern die Löhne usw. Seit dem Jahre 1925 steht die Sanierung des staatlichen Kreditwesens durch das Volkstammesministerium für Finanzen ein, der Zwangscharakter der Anleihen wird aufgehoben.

Bis zum 1. September 1927 waren auf dem Inlandsmarkt Anleiheobligationen für den Betrag von 1641 Millionen Rubel untergebracht worden; unter Berücksichtigung der inzwischen gelösten kurzfristigen Verpflichtungen beträgt die Verschuldung des Staates 683,7 Millionen Rubel.

Von Bedeutung ist die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Anleihebeträge von den staatlichen Trusts und den staatlichen Handelsorganisationen aufgebracht wird, so daß die eigentliche Aufgabe der Inlandsanleihen, die Flüssigmachung der Ersparnisse der Bevölkerung für die Deckung des Geldbedarfs des Staates, unerfüllt bleibt. Von dem Gesamtbetrag der Staatsschuld in Höhe von 683,7 Millionen Rubel bestanden am 1. September 1927 nur 167,4 Millionen Rubel in Anleiheverpflichtungen des Staates gegenüber Privatpersonen.

Bei einem großen Teil der Inlandsanleihen sind außer der Verzinsung (im Jahre 1927 14 Proz. Jahreszinsen) auch noch die Mittel für die Ausschüttung von Lotteriegewinnen aufzubringen. Neuerdings wurde vom Sowjetstaate wegen des stärker drängenden Geldbedarfs eine Spezialanleihe in Höhe von 200 Millionen Rubel zur Finanzierung der russischen Industrie aufgelegt. Nach den letzten Moskauer Meldungen sind auf diese Industrieanleihe bisher 192,6 Millionen Rubel gezeichnet worden.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kaufmann: R. G. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Raab; Anzeigen: Ed. Glöckl; Gedruckt in Berlin. Verlag: Formwirts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formwirts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 2.

Kenner kaufen

Schokoladen Pralinen Tee Kakao Honigkuchen sowie alle Weihnachtsartikel am preiswertesten und billigsten bei

Schokoladen-Bundc
Adalbertstr. 1 am Kottbusser Tor
Prinzenstr. 55, Ecke Dresdenstr.

Zuckerkrank

Fragen Sie Ihren Arzt üb. A. Siegers Anti-diabetikum und verlangen Sie kostenlos diesbezügliche hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Waldorf 837 (Hessen).

Verlangen Sie Sonder-Angebot

Wasch Maschinen

Wäsche Rollen

Auch bis zu **18 Monatsraten**

Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Billige Ulster- und Paletot-Tage!

<p>Für Straße und Sport</p> <p>Herren-Anzüge mod. Farben u. Formen 33⁰⁰</p> <p>Herren-Anzüge I. u. II. rh. gute Qualität 56⁰⁰</p> <p>Sport-Anzüge m. kurz od. langer Hose apart. Must. 36⁰⁰</p> <p>Sport- und Gehpelze besonders preiswert</p> <p>Pelzjoppen guter Loden-Bezug 59⁰⁰</p>	<p>Herren-Ulster mod. Form, dunkle Stoffe, 82, 86, 88, 92, 38⁰⁰</p> <p>Herren-Ulster schwere Qualität mit zugewebtem Futter 82, 78, 72, 65⁰⁰</p> <p>Herren-Ulster „Ersatz für Maß“, beste Ausführung, 102, 98, 92, 85⁰⁰</p>	<p>Herren-Paletots mod. Form, schwarz od. maroon, 72, 82, 86, 48⁰⁰</p> <p>Herren-Paletots Qual-S. effa. s. ec. Ausführung, 102, 98, 92, 86, 76⁰⁰</p> <p>Rock-Paletots „Die große Maß“, 102, 88, 82, 86, 78, 72, 63, 56⁰⁰</p>	<p>Für den Abend</p> <p>Tanz-Anzüge ohne Borte, sch. w. Netton u. Form 82, 78, 68, 61, 45⁰⁰</p> <p>Tanz-Anzüge m. Borte „strong modern“ I Mac. s. 92, 88, 72, 65, 52⁰⁰</p> <p>Smoking-Anzüge gut. Qual. u. Ausf. h. runc 110, 105, 98, 75⁰⁰</p> <p>Loden-Joppen warm gefüttert, 82, 84, 16⁵⁰</p> <p>Knaben-Anzüge und Mäntel 6⁰⁰</p>
--	--	---	--

S. JOSEPH, Schöneberg, Hauptstraße 1
Ecke Grunewaldstraße